

Haushaltsrede zur Ratssitzung am 15.12.2015

Rede zum Haushalt 2016 /2017 von Frau Schundau (Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)

Herr Bürgermeister,

Meine Herren und Damen

„ Wenn du denkst, es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Lichtlein her“.

Dies waren die einführenden Worte unseres Bürgermeisters zum Haushalts- Entwurf. Das haben CDU und SPD recht wörtlich genommen und die Arbeit am städtischen Haushalt offenbar aufgeben: Sie warten auf das Licht, das da vielleicht kommt. Dabei ist Resignation und Lustlosigkeit hier nicht hilfreich.

Im Haushaltsentwurf steht eine Erhöhung der Grundsteuer B auf 545 Punkte. Diese Steuer trifft jeden in der Stadt, egal ob er zur Miete oder im Eigentum wohnt. Dieser Anstieg darf aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit nur in dem Umfang erfolgen, dass wir als Kommune im HSK den Haushalt noch genehmigt bekommen. Das heißt eine Erhöhung auf nur 525 Punkte ist ausreichend.

Die Gewerbesteuer als reine Gewinnsteuer sollte moderat angehoben werden und würde bei einer Erhöhung um 20 Punkte zu einer positiven Abweichung gegenüber dem Haushaltsentwurf von ca. 1,58 Mio. € führen.

Eine Abwanderung von Gewerbebetrieben ist nicht zu befürchten. Gute, junge Nachwuchskräfte legen großen Wert auf ein urbanes Umfeld. Attraktivität und gute weiche Standortfaktoren sind für Unternehmen viele entscheidender als die Höhe der Gewerbesteuer.

Damit sind wir bei den weichen Standortfaktoren, die wir besonders fördern sollten.

Im Bereich Bildung ist neben den Schulangeboten vor allem die FHDW zu nennen. Wir wünschen uns hier den Zuzug weiterer solcher Bildungseinrichtungen.

Im Bereich Kultur gibt es bis jetzt keine sachliche Diskussion darüber, wie wir unsere kulturelle Eigenart erhalten , ein eigenes kulturelles Profil entwickeln können. Hier muss auch über Synergieeffekte nachgedacht werden. So ließen sich Kosten einsparen. Es ist also dringend nötig über neue Wege und Konzepte zu diskutieren, um möglichst viele Bevölkerungsteile für die kulturelle Szene im weitesten Sinne zu interessieren. Hierzu gehört z.B. auch wieder ein Kino Bergisch Gladbach.

Der Bereich Jugend und Soziales ist immer als erstes von Kürzungen betroffen. Umso positiver ist es, dass jetzt im geringen Umfang eine Verbesserung in der offenen Jugendarbeit angedacht ist. Hier sollten Gelder aus anderen Haushalts- Positionen umgeschichtet werden.

Auch die Anzahl an Seniorenbegegnungsstätten wird in Zukunft sicherlich aufgestockt werden müssen. Das liegt an der Zunahme des älteren Bevölkerungsanteiles in unserer Stadt. Die-

ser Personenkreis muss ebenso am gesellschaftlichen Leben teilhaben wie jede andere Bevölkerungsgruppe.

Schon die Abschaffung der „Brötchen-taste“ würde mindestens 100000€ erbringen, die in diesem Bereich gut angelegt wären.

Die Zukunft unserer Stadt liegt bei den Kindern und Jugendlichen, nicht nur bei so großen Mammutprojekten wie „Strunde hoch vier“. Es ist unbegreiflich, dass eine 6% ige Erhöhung der Kosten noch vor Beginn der Arbeiten als völlig normal hingestellt wird. Hier müssten die Köpfe der Verwaltung rauchen, um Einsparpotentiale zu suchen. Zumal die Endrechnung mit großer Wahrscheinlichkeit noch deutlich höher ausfallen wird, als die Plankosten es vorsehen. Da helfen auch Subventionen von Bund und Land nicht viel.

Obiges Beispiel zeigt, über die Haushalts- Ansätze der einzelnen Fachbereiche muss nachgedacht werden: geringere Ansätze sind hier möglich, die zu weiteren Spareffekten führen können. Auf jeden Fall würde dies zu mehr Disziplin bei den Ausgaben in den Fachbereichen führen und der Rat könnte seine politische Steuerungsfunktion besser wahrnehmen.

Positiv ist, dass nun endlich ein Mobilitätskonzept in Angriff genommen wird, damit Bergisch Gladbach von der Autostadt zur Stadt für alle wird. Ziel sollte sein, die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer und die Reduzierung des Autoverkehrs zu Gunsten anderer Verkehrsmittel, die die Umwelt wenig belasten. Wir wollen eine lebenswerte Stadt. Jeder Radfahrer mehr bedeutet ein Auto weniger. Deshalb fordern wir weiterhin einen Fahrradbeauftragten und die Stärkung des ÖPNV und Fußverkehrs.

Brötchentaste und kostenfreies Parken an den Adventssamstagen fördern nach wie vor den Autoverkehr. Eine sinnvolle Alternative wäre die kostenlose Benutzung des ÖPNV an diesen Wochenenden.

Wir tun gerade so, als ob die Weltklimakonferenz nicht stattgefunden hat. Eine Änderung im Verhalten muss im Kopf passieren und da ist es überhaupt nicht hilfreich, den Autofahrern Priorität einzuräumen. Neue Straßen sind sogar kontraproduktiv. Dies gilt besonders für die Diskussion um eine neue Straße auf dem Bahndamm. Alle bis jetzt bekannt gewordenen Gutachten sind negativ ausgefallen.

Es ist ebenfalls notwendig, den Bereich Personal genauer zu hinterfragen, aber nur unter der Prämisse von Anerkennung und Wertschätzung eines jeden Einzelnen. Externer Sachverstand kann hilfreich sein. Aber schon die stärkere Nutzung von Synergieeffekten führt zu sinnvollem Einsatz von Personal und damit sehr wahrscheinlich zu Einsparungen.

Ein Beispiel ist hier das Großprojekt „Strunde hoch vier“. Es reicht nicht, bei der technischen Durchführung zu kooperieren, sondern auch der äußerst wichtige Aspekt der Ökologie und des Umweltschutzes hätten von Anfang berücksichtigt werden müssen. Ein solcher Kahlschlag – was die Bäume angeht – wäre nicht passiert. Es wäre möglich gewesen, viel Geld für die Wiederherstellung des Areals einzusparen.

Die Attraktivität der Innenstadt und die Einnahme-möglichkeiten der Villa Zanders werden sicherlich nicht erhöht, wenn zum Autozählen von der Terrasse der Villa eingeladen wird oder wenn bei Konzerten demnächst der Straßenlärm die Hintergrundgeräusche bildet.

Der Bereich „Flüchtlinge“ belastet den Haushalt mit sehr viel Unsicherheit. Die Hoffnung, dass die Bundesregierung alle notwendigen finanziellen Mittel bereitstellt, um dies Bundesaufgabe ohne zusätzliche Belastung der Kommunen zu bewältigen, möge zur Gewissheit werden. Große mitmenschliche und finanzielle Herausforderungen wird die Integration der Flüchtlinge bringen, die heute noch nicht genau absehbar sind.

40,5% beträgt die Kreisumlage im Augenblick. Durch die Steigerung der Schlüsselzuweisungen des Landes aufgrund der hohen Einkommensteuer stiegt die Kreisumlage absolut gesehen allerdings weiter an. Also durch die Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage käme es zu einem sehr positiven Effekt im städt. Haushalt. Dieses Geld benötigen wir dringend, um unsere städtischen Ausgaben zu finanzieren. Eine Reduzierung der Kreisumlage halten wir für notwendig.

Wir werden diesen Haushaltsentwurf ablehnen.

Edeltraud Schundau

Fraktionsvorsitzende